



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Brückenstraße 19 - 50667 Köln

www.pro-koeln-online.de

Pressemitteilung

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Köln, den 11.01.2006

Wegen umstrittenem Beratervertrag:

Strafantrag gegen Rolf Bietmann und Hellmut Haumann

Der rechtlich unwirksame Beratervertrag zwischen der Rheinenergie AG und ihrem Ex-Vorstandsvorsitzenden Hellmut Haumann wird ein juristisches Nachspiel haben. Der Geschäftsführer der Fraktion pro Köln, Manfred Rouhs, hat gegen Haumann und den Aufsichtsratschef Rolf Bietmann Strafantrag „wegen des Anfangsverdachts der Untreue und Vorteilsannahme“ gestellt.

Ein Rechtsgutachten der Stadtwerke hatte ergeben, daß der rund 450.000 Euro schwere Beratervertrag mit dem scheidenden Vorstandschef Haumann gegen geltendes Aktiengesetz verstoßen habe und damit rechtsungültig sei. Denn der Vertrag war nicht vom Aufsichtsrat abgesegnet worden. Stattdessen haben Haumanns ehemalige Vorstandskollegen unterschrieben, und nur der sogenannte „Viererausschuß“ des Aufsichtsrates hat die Vorgehensweise abgesegnet.

Haumann hätte mit diesem Vertrag als Pensionär genauso viel verdient wie vorher als Vorstandsvorsitzender! Grund für diesen „goldenen Handschlag“ war anscheinend die vorzeitige Beendigung von Haumanns Vertrag - mit dem Ex-Vorstandschef war im Jahr 2002 ein völlig unüblicher Fünf-Jahres-Vertrag über die Pensionsgrenze hinaus abgeschlossen worden.

Der pro-Köln-Fraktionsgeschäftsführer, Manfred Rouhs, erklärt dazu:

„Hellmut Haumann wollte sich auf Kosten der Gebührenzahler bereichern, und Rolf Bietmann machte das durch einen Verstoß gegen das Aktiengesetz möglich. Dabei hätte der Rechtsanwalt Bietmann wissen müssen, worauf er sich einläßt. Die jetzt gefundene ‚pragmatische Lösung‘ im Aufsichtsrat reicht keineswegs zur Aufarbeitung dieser Affäre aus. Denn auch nach der Aufhebung der umstrittenen Verträge steht Haumann nun eine womöglich ebenso teure Abfindung zu. Aus diesem Grund sollte sich die Staatsanwaltschaft mit dem Fall beschäftigen. Untreue und Vorteilsnahme müssen endlich auch in Köln vehement verfolgt werden!“

verantwortlich: Markus Wiener

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter www.pro-koeln-online.de